

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 150 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gae in Wildbad.

Nummer 104

Wildbad, Freitag, den 7. Mai 1920.

54. Jahrgang

Es muß anders kommen.

In der „Frankf. Btg.“ lesen wir folgende beachtenswerte Ausführungen:

Wenn so viel über die Unfähigkeit unserer Regierung gelaugt wird, so ist die von blinder Geld- und Profitgier geleitete neueste Wirtschafts- und Gewinnpolitik weiter Industrie- und Handelskrisis keinesfalls besser. Man wetteiferte im Einheimischen und Hinauswerfen von wucherischen Gewinnen, wehrte sich mit Händen und Füßen gegen verbrauchererschreckende Steuern, führte aus dem Ausland (mit freundlicher Unterstützung der Bankwelt) allen Blunder der Welt ein, spekulierte hübsch auf den Tiefstand der Mark, und zeigte — und das ist nicht die geringste Sünde — in den Lohnverhandlungen plötzlich eine „Groszügigkeit“, daß es manchem Gewerkschaftsführer inheimlich wurde.

Es zeigt sich immer mehr, daß man ein ganz guter Maschinenfabrikant oder Tuchhändler, oder ein angelegener Bankier sein kann, wost dem Heer der neuen Mäcker, den Schleichhändlern usw. ganz abzusehen, ohne die ewig wahren und im Grunde so einfachen wirtschaftlichen Gesetze zu verstehen. Nur so ist die Kette von Fehlern verständlich, nur so kann man verstehen, daß einer dem andern die dicksten Preise berechnet, daß man gewisse Schichten wie etwa die Jugendlichen unjüngig bezahlte und sie zur bedenklichen Verschwendung verleitete, während bereits andere Schichten, vor allem der kleine und mittlere Pensionär und Altersrentner, ins Elend hinabgeschmettert waren. Nur so vor allem ist es erklärlich, daß sich kein Industriellenverband klar darüber war, wie das durch vorübergehende Währungsstimmstöße verfallene Verlagen der heimischen Kaufkraft auf diese Weise zum völligen Versiegen kommen mußte. Und auch die fabelhaften Gewinne auf dem immer nötiger werdenden Auslandsmarkt mußten mit dem Steigen des heimischen Preisstands schnell zusammenschumpfen und zum Nullpunkt oder gar darunter sinken, wenn etwa eine erhebliche Währungssteigerung einsetzte. Auf dem Weltmarkt aber — und auch das vergaß man in nicht zu übertreibender Kurzsichtigkeit — konnte Deutschland nur durch preiswerte und gute Lieferung auf eine Wiedereroberung der Märkte rechnen. Statt dessen wußte man auch nicht selten dem Ausländer gegenüber nichts Gschickteres zu tun, als sich um Verträge, so gut es eben ging, zu drücken und möglichst rücksichtslose Bedingungen zu stellen.

So betrachtet ist es ein Unglück, daß die Kaufkraft nicht schon früher eingesetzt hat. Wäre vor anderthalb Jahren schon die Welt ernüchert worden, hätte man damals durch Selbstdisziplin die Einfuhr von Orangen, Schokolade, Zigaretten, englischen Tuchen usw. abgelehnt, hätte man Vergünstigungen geschlossen, statt sie wie Pilze aus der Erde schießen zu lassen, hätte man die Angestellten-Spekulation erschwert statt begünstigt, hätten wir uns auch nur auf die Lebensgewohnheiten etwa von 1870 zurückbequemt, so müßten wir jetzt nicht darauf gefaßt sein, auf das Niveau von 1812, um nicht zu sagen 1648 herunterzusinken. Wäre vor 18 Monaten weniger geraucht und sonst verprast worden, so könnten heute wenigstens die amtlichen Nationen bezahlt werden.

Doch das sind nicht wieder gut zu machende Fehler. Heute handelt es sich darum, neue Fehler zu vermeiden, drohenden Gefahren vorzubeugen. Und diese sind nicht gering. Die größte, so scheint uns, wäre eine allzu radikale Währungsänderung, obwohl nicht wenige und nicht die Dummsten dafür eintreten. Sie sind plötzlich der Auffassung, die Natur müsse sich selbst helfen. Auch schon eine gerechte Strafe für die Schieber und Profitmacher, die jetzt endlich auch mal hergeben und bei dieser Gelegenheit sogar vielleicht auf eine der zahllosen Geheimen, gegen fiskalische Zugriffe angelegten Reserven zurückgreifen müssen. Jene Bekämpfer einer Gewaltkur vergessen, daß die Natur bei ihren Heilungsprozessen unendlich grausam ist. Die gegenwärtige Kaufkraft wird kaum so schnell wieder in das Gegenteil umschlagen. Dazu ist doch wohl die Kaufkraft der Bevölkerung zu sehr gesunken. Daß Preisaufläufe ihre Grenzen haben, kann man ja im Kleinen, im Tram- und Eisenbahnverkehr feststellen, wo die letzten Erhöhungen einen ansehnlichen Verkehrsrückgang brachten. Wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß ganz ungeahnte Ausfälle eintreten, daß selbst Dinge, die gestern und heute noch als Bedarfsartikel angesehen wurden, nur noch für besonders Be-

vorzüge in Betracht kommen. Das kann verblüffend schnell gehen. Und darum wäre doch wohl zu überlegen, ob man im eigenen Interesse nicht allerseits viel schneller als das bisher geschieht, mit den Preisen heruntergehen sollte, wie man ja auch seinerzeit beim Sinken der Valuta mit Preiserhöhungen schnell bei der Hand war.

Bei der außerordentlichen Rolle, die heute Reich und Gemeinde auf dem Warenmarkt, besonders für Lebensmittel innehaben, werden diese auf die Preisbildung einen großen Einfluß haben. Das Reich vor allem durch teilweise Einfuhrerlaubnisse, wie jetzt für Leder und Schuhe, wenn die heimische Industrie etwa berechtigten Preisabbau ablehnt, die Gemeinde durch eine Ermäßigung ihrer Preise. In dieser Beziehung geschieht mancherorts weniger als gar nichts. Im Gegenteil, man mutet gerade in dem Augenblick, wo Valuta und Weltmarktpreis zwiefachen Anlaß zu Abschlägen für Reis, Schmalz usw. bieten, der Bevölkerung neue Rekordepreise zu. Die Städte wollen bei dem Tiefstand der Mark mit Phantasiereisen vom Ausland bezogenen Waren nicht mit Verlust losgeschlagen. Und trotzdem: diesmal wäre eine Initiative der Gemeinden doch erwägenswert. Denn nur so wird es möglich sein, der immer schlimmer werdenden Teuerung entgegenzuwirken und auch Lohnforderungen entgegenzutreten. Man vergesse nicht: die Gemeinde als Arbeitgeber größten Stills wird eine Einbuße im Lebensmittellkonto auf Gehalts- und Lohnkonto wieder einbringen.

Neues vom Tage.

Aus dem Parteileben.

Berlin, 6. Mai. Auf der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei führte Abg. Noske aus, die Gewalttaten von links haben den Bürgerkrieg entfesselt. Aus der Reichswehr sei alles ausgeräumt, was ausgeräumt werden konnte. Das ablehnende Verhalten der Offiziere sei begreiflich nach der Behandlung in den ersten Tagen der Revolution. Die revolutionäre Arbeitertruppe habe versagt; sie debattierte und sei nie zur Stelle gewesen, wenn Gefahr im Verzug war. Welcher Republikaner werde sich für 12 Jahre zum Heer verpflichten lassen? Für die Wahlen sei ein Zusammengehen mit den Unabhängigen unmöglich, so wünschenswert es im Interesse der Arbeiterklasse wäre. Der Wahlkampf sollte in sachlicher Form geführt werden. — **Edertal** und **Löbe-Breslau** sprachen gegen Noske.

München, 6. Mai. Die Bayerische Volkspartei erläßt eine Erklärung, daß der Anschluss an das Zentrum solange unmöglich sei, als seine Politik nicht den bundesstaatlichen Charakter des Reichs wieder anerkenne und stärker nach rechts gerichtet sei.

Lohnbewegung.

Berlin, 6. Mai. Die Berliner Industriearbeiter sind in eine neue Lohnbewegung eingetreten. Kommende Woche finden allgemein Betriebsversammlungen statt, in denen die Höhe der neuen Lohnforderungen festgelegt werden sollen.

Essen, 6. Mai. Die hiesigen Bankangestellten haben heute die Arbeit niedergelegt.

Miel, 6. Mai. Die Angestellten sämtlicher kaufmännischer Betriebe beschloßen gestern nachmittag einstimmig in den Streik zu treten.

Frankfurt wird nicht geräumt.

London, 6. Mai. Nach der „Times“ teilte Frankreich dem Rat der Verbündeten mit, daß es den Zeitpunkt für die Räumung Frankfurts noch nicht für gekommen halte.

Münster, 6. Mai. Das Vorrücken der Sicherheits-truppen südlich der Ruhr ist bei Remscheid zum Stillstand gekommen; aus Solingen sind die Truppen wieder zurückgezogen worden.

Breslau, 6. Mai. Der französische Alpenjäger Fesenti, der den Güterbodenauflieger Blözel in Oppeln ohne jeden Grund erschossen hat, wurde zu 10 Jahren Deportation und Zwangsarbeit verurteilt.

Rumtiatur in Budapest.

Budapest, 6. Mai. In Budapest wird eine päpstliche Rumtiatur für Ungarn errichtet, für die der Auditor der Rumtiatur in München Schiowa bestimmt ist. Eine

Rumtiatur bestand bisher nur in Wien für die österreichisch-ungarische Monarchie.)

Deutsch-amerikanischer Handelsvertrag.

Washington, 6. Mai. Da Wilson die Entschlie-
fung des Senators Knox, den Friedenszustand mit
Deutschland herbeizuführen, abgelehnt hat, legte der Aus-
schuß für Auswärtige Angelegenheiten dem Senat eine
neue Entschlie-
fung vor, die den Krieg für beendet er-
klärt und den Präsidenten ermächtigt, einen Handelsvertrag
mit Deutschland abzuschließen. Alle weiteren Fragen,
wie die Regelung des deutschen Eigentums in den Verei-
inigten Staaten, können vorläufig unerledigt bleiben.
Im allgemeinen wollen sich die Vereinigten Staaten
in ihrem Verhältnis zu Deutschland nach den Grund-
lagen des Vertrags von Versailles richten.

Vorschläge gegen die Geldnot.

Paris, 6. Mai. Die internationale Konferenz für
den Weltmarkt befaßte sich mit Anträgen des belgischen
Delegierten Baron De Camppe betreffend Herabsetzung
des Papiergeldumsatzes und Ausgabe von Gutscheinen. Der
Engländer Stephens schlägt vor, internationale No-
ten einer internationalen Finanzkommission auszugeben,
die als unverzinsliche Handelsvariante behandelt würden.
Der Vizepräsident der belgischen Abgeordnetenkammer
Chelved legte die Lage seines Landes dar, das durch
die Ausgabe von 7½ Milliarden Gutscheinen während
der deutschen Besetzung einen Verlust von ungefähr 10
Milliarden erlitten habe. Sodann erörterte der frühere
Präsident der britischen Handelskammer in Paris, Bir-
ren, ein System, wonach Gutscheine für Lebensmittel-
und Rohstoffbeschaffung auszugeben wären, die nach
5 Jahren zum Nennwert eingelöst werden müßten.

Haag, 6. Mai. „Nieuwe Courant“ meldet: Aus Lon-
don wird mitgeteilt, daß der interalliierte Oberste Rat
beschlossen hat, daß Vertreter der wirtschaftlichen Ab-
teilung unverzüglich nach Kopenhagen reisen sollen, um
dort mit Krasin und anderen Delegierten der Sowjet-
regierung zu beraten. Die englische Regierung hat für
die Sowjetdelegierten die Erlaubnis erteilt, nach Lon-
don zu kommen.

Amerikanischer Protest gegen die Einkerberung der Irlands.

Paris, 6. Mai. Nach einem Washingtoner Bericht
der Havas-Agentur haben 88 Mitglieder des Repre-
santantenhauses an Lloyd George ein Protesttelegramm
gerichtet, worin sie Einspruch dagegen erheben, daß in
England Perionen unter der Auflage politischer Bergchen
ohne Urteil ins Gefängnis geworfen werden.

Griechenland — Kriegsgewinnler.

Washington, 5. Mai. (Reuter.) Der Senats-
schuß hat eine Entschlie-
fung Lodge's zur Annahme am-
schloßen, daß der nördliche Epirus und die zwölf Inseln
des Ägäischen Meers an der Westküste Kleinasiens Grie-
chenland zugesprochen werden sollen.

Das Ministerium in Madrid.

Madrid, 6. Mai. (Havas.) Dato hat das neue Mi-
nisterium s. g. d. g. gebildet: Präsidium: Dato,
Justiz: Bergamino, Außen: Marquis de Lema,
Krieg: Vicomte de Eza, Justiz: Sagallal, Finanzen:
Pascual, öffentliche Arbeiten: Ortuno, Unterricht: Spa-
dar, Gewerbe, Industrie und Versorgung: Canal.

Krieg im Osten.

Paris, 6. Mai. Der „Matin“ teilt mit, daß eng-
lische und französische Truppen in Odessa wieder ein-
gezogen seien. Die rumänischen Truppen haben bei Ri-
schinaw die Front der Bolschewisten durchbrochen.

Bolschewistisches.

London, 6. Mai. Nach einem bolschewistischen Zunft-
bruch haben sich die Reste der Freiwilligenarmee, die
den rechten Flügel von Denikins Armee bildeten, südlich
von Sebastopol, den Bolschewisten ergeben. Es wurde
ihnen ihr Leben zugesichert, während alle Führer
„zum Tode verurteilt“ wurden. Es kapitulierten
im ganzen 60000 Mann.

Der holländische Kredit.

Amsterdam, 6. Mai. Nach dem „N. Roti. Cour.“
ist der Abschluß des holländisch-deutschen Wirtschaftskre-
dits von 200 Millionen Gulden von den Regierungen
unterzeichnet worden.



Die Auslieferung des Reiss der Handelsflotte.

Berlin, 5. Mai. Der Wiedergutmachungskommission in Paris ist durch die deutsche Friedensabordnung eine Denkschrift über den zur Einfuhr der wichtigsten Rohstoffe für Deutschland unentbehrlichen Schiffsraum übergeben worden. Wenn auf strenger Durchführung des Friedensvertrags bestanden würde, so würden für die dringendste Einfuhr 700 000 Bruttoregistertonnen Schiffsraum fehlen. In der Annahme, daß die Hälfte davon irgendwie anderweitig beschafft werden könne, wird gebeten, die restlichen 350 000 Tonnen Deutschland zunächst zu belassen und zwar so, daß die Wiedergutmachungskommission auf die Auslieferung der noch ausstehenden Schiffe zwischen 1000 und 1600 BRZ vollends verzichten und die noch auszuliefernden Schiffe über 1600 Tonnen Deutschland auf zwei weitere Jahre gegen eine Erstattung der Wertverminderung belassen werden. Sollte dieser Schiffsraum nicht die Höhe von 350 000 T. erreichen, so sollen ferner die seit dem Krieg bisher in Süd- und Mittelamerika festgehaltenen deutschen Frachtschiffe, die ja auch ausgeliefert werden müssen, ebenfalls gegen eine Abnutzungsentschädigung auf 2 Jahre in deutschem Dienst bleiben. — Ähnliche Anträge hat die deutsche Schiffsabordnung im März d. J. vergeblich in London gestellt.

Hamburg, 5. Mai. Die Handelskammer hat an den Reichspräsidenten und die zuständigen Minister ein Telegramm gerichtet, worin sie darauf hinweist, daß bei den jetzt wieder aufgenommenen Verhandlungen in London über die Ablieferung der deutschen Handelsflotte die Schiffsalfrage auch für Deutschlands Industrie entschieden werde. Gelingt es nicht, eine große Zahl der deutschen Schiffe zurückzuerlangen, so würde die Folge vernichtend sein.

Das Ende der Kadettenanstalt Lichterfelde.

Berlin, 5. Mai. Heute fand die Uebernahme der berühmten Kadettenanstalt Lichterfelde durch das preussische Unterrichtsministerium statt. Das Kadettenhaus wird in eine Staatsbildungsanstalt umgewandelt. Minister Hanisch sagte, auch der neue Staat werde national sein und das Deutsche im Unterricht pflegen.

Berlin, 5. Mai. Auf der Heimreise nach Stockholm, wo sie der Beisehung der verstorbenen Kronprinzessin beizuwohnen werden, kommen der König und die Königin von Schweden heute abend durch Berlin.

Der Streik in Frankreich.

Paris, 5. Mai. Marcel Cachin tritt in der „Humanite“ den Behauptungen vom Nachlassen des Eisenbahnerausstandes entgegen. Mehr als 500 000 Arbeiter der vier in Frage kommenden Berufsgruppen seien daran beteiligt.

Ville, 5. Mai. Die Vertreter der Grubenarbeiter des Beckens von Anzin haben beschloffen, sich dem Streik anzuschließen. Das Stationspersonal hat am Dienstag abend die Wiederaufnahme der Arbeit für Donnerstag beschloffen.

Der französische Geschäftsträger beim Vatikan.

Mailand, 5. Mai. Wie der „Corriere della Sera“ berichtet, empfing der Papst gestern den französischen Geschäftsträger beim Heiligen Stuhl, Doulet. Seit Trennung der Kirche vom Staat in Frankreich ist Doulet der erste Vertreter Frankreichs beim Vatikan.

Ausführungen in Italien.

Mailand, 5. Mai. Einem Zeitungsbericht aus Foglia zufolge überfielen Sozialisten Schüler der Schulen in San Cesario, die am 1. Mai mit Fahnen in den Landesfarben eine Kundgebung veranstalteten. Dabei sollen 8 Knaben getötet worden sein. — Der „Secolo“ berichtet, daß in Via Reggio und in Livorno der Generalfreik ausgerufen wurde. In beiden Städten kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen der Menge und der Polizei. Mehrere Waffenslager wurden geplündert. Weiter wird berichtet, daß der Streik der Bahnangestellten in ganz Italien fortbauert, bezugnehmend die Obstruktion der Post-, Telefon- und Telegraphenangelegten, wodurch der Verkehr schwere Hemmnisse erfährt. Die Regierung bemüht sich um die Beilegung der Streitigkeiten.

Die italienisch-russische Annäherung.

Mailand, 5. Mai. Nach „Secolo“ begeben sich demnächst einige Abgeordnete der sozialistischen Partei nach Rußland, um sich an Ort und Stelle über die Lebensverhältnisse des Landes zu unterrichten und zu versuchen, Grundlagen für die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland zu schaffen. Die Abordnung wird über Neval nach Rußland reisen.

Die Entschädigung der amerik. Eisenbahnen.

Washington, 5. Mai. Der Kongreß hat die Gesetzesvorlage auf Gewährung eines Kredits von 300 Millionen Dollar angenommen, womit der Verlust gedeckt werden soll, den die Eisenbahnen während der Staatskontrollen erlitten haben.

Württ. Landtag.

Stuttgart, 4. Mai.

(87. Sitzung.) Es werden zunächst verschiedene kleine Anträge behandelt.

Ein Antrag Wulle (D.D.P.) betreffend die Verwendung militärischer Gebäude zu Wohnzwecken beantwortet Finanzminister Dösching und Minister des Innern Heymann dahin, die Regierung werde bei der Reichsregierung geeignete Schritte einleiten.

Auf eine Anfrage Scheel (D.D.P.) über die ärztliche Versorgung zutragender Gemeinden erwidert Minister Heymann, daß ein ausgesprochener Mangel zur Zeit nur an wenigen Orten bestehe.

Auf folgende Anfrage Bagile (D.P.): Nach Mitteilungen in der Presse hat das Oberlandesgericht Stuttgart in einem Gutachten ausgesprochen, daß der Art. 50a des Volksehrrechtsverfassungsentwurfes ist und daß die auf ihn gestützten Bestimmungen des Ministeriums des Innern über Wohnungsnot und Ausweisungsbefugnis rechtmäßig sind. Welche Folgen gedenkt das Staatsministerium diesem Gutachten zu geben? erwidert Minister Heymann: Das Gutachten sei nicht von ausschlaggebendem Einfluß; es sei auch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt worden.

Auf eine Anfrage Herbst (D.P.) wegen Erhöhung der Telefon- und Telegraphengebühren, die für die Handelswelt unerschwinglich seien, erklärt Staatspräsident Blos, die württ. Regierung sei bei der Reichsregierung hierwegen vorstellig geworden, die Erhöhung sei nicht zu umgehen gewesen.

Zu der Anfrage Bagile (D.P.): Die bayerische Regierung hat allen Ausländern, die nach dem 1. August 1914 in Bayern ohne politische Erlaubnis anwesend sind, den weiteren Aufenthalt in Bayern untersagt. Ist der Herr Minister des Innern bereit, darüber Auskunft zu geben, ob er dieselbe Maßregel für Württemberg erlassen, ob er insbesondere verhindern will, daß die aus Bayern Ausgewiesenen sich in Württemberg niederlassen? erwiderte Minister Heymann, die württembergische Regierung habe die erforderlichen Vorkehrungen getroffen. Ein besonderer Zugang nach Württemberg sei nicht festzustellen.

Eine Anfrage Walter (Z.) betreffend die Aufhebung der Enklaven beantwortet Minister Heymann dahin, eine Antwort könne zurzeit noch nicht erteilt werden.

Das Gesetz betreffend Änderung der Nr. 60 des Sporttariffs wird in allen drei Lesungen genehmigt.

Die zweite Beratung des

Volksschulgesetzes

wird bei Art. 2, der die Einführung des 8. Schuljahres durchzuführen will, fortgesetzt.

Abg. Dr. Wolf (D.P.) bedauert, daß in dieser Kulturfrage die einzelnen Länder sich dem Reich gegenüber in einer Zwangslage befinden. Die sachlichen Bedenken gegen das 8. Schuljahr seien eher noch stärker geworden. Die Abgeordneten seiner Partei, die das Land vertreten, werden gegen das 8. Schuljahr stimmen.

Für das 8. Schuljahr treten ein die Abg. Feilmayer (Z.), Pollack (Z.), Goller (D.P.), Löchner (D.D.P.), Oster (D.), Kultminister Dr. v. Hieber: Unter Schulmännern bestehen keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß die Einführung des 8. Schuljahres eine Notwendigkeit darstelle. Die Zentrums-partei im Reichstag habe für das 8. Schuljahr gestimmt. Für die gesetzliche Einführung der 8-jährigen Schulpflicht für Mittelschulen durch einzelne Gemeinden sei ein Bedürfnis nicht vorhanden.

Der Artikel 2 wird gegen einen Teil der Bürgerpartei und des Zentrums angenommen. Das Gesetz wird von 1920-1922 allmählich durchgeführt.

Bei Art. 3, Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts und der Vermittelfreiheit bringt Abg. Pollack (Z.) die Bedenken der Lehrerschaft gegen die Einführung der Vermittelfreiheit zur Sprache. Man gebe ein erzieherisches Moment aus der Hand, da Eltern und Schüler nicht mehr so auf die Schonung der Bücher bedacht sein würden.

Kultminister Dr. v. Hieber: Im Zusammenhang mit dem nächsten Etat werde eine Erhöhung des Schulgebührens für die höheren Schulen beantragt werden.

Artikel 3 wird gegen einen Teil der Bürgerpartei angenommen; ebenso Art. 3a, wonach die bürgerliche Gemeinde jedes Jahr 1 Lth. für jeden Schüler an die Schulkasse abführen muß.

Stuttgart, 5. Mai.

(88. Sitzung.) Das Haus fährt fort in der Beratung des Volksschulgesetzes.

Berichterstatter Dr. Hartenstein (D.D.P.) behandelt Art. 7 bis 11, Zusammensetzung des Ortschulrats. Vorsitzender wird der Lehrer. Aus Kreisen der Ortsvorsteher sind erhebliche Bedenken gegen diese Regelung laut geworden. Ein verständiges Verhalten der Lehrer ist notwendig. Demnach sollten der Ortsvorsteher, der Ortsgeistliche, der Schulrat von amtswegen Mitglied des Ortschulrats sein.

Abg. Gschwilt (D.D.P.): Wir hätten es gerne gesehen, wenn die Mitgliedschaft des Pfarrers der 17ten Wahl überlassen worden wäre. Aber es wäre die Streichung der amtlichen Mitgliedschaft der Pfarre wahrscheinlich als widersprechend mit der Regelung in Preußen und der Reichsverfassung erklärt worden. Deshalb stimmen wir der Regelung des Entwurfs zu.

Abg. Heymann (Z.) verteidigt den Ausschuhentwurf seiner Partei, daß der Geistliche nicht Kraft des Amtes Mitglied des Ortschulrats sein soll.

Abg. Mühlberger (D.D.P.): Es ist ein Fehler gewesen, daß man nicht zwischen kleinen, mittleren und großen Gemeinden unterschieden hat. In kleinen Gemeinden ist der Vorstoß des Lehrers zweckmäßig; aber in mittleren und größeren Gemeinden wird damit den Interessen der Schule nicht gedient.

Abg. Wurm (D.P.): Gegenüber der vielverbreiteten Ansicht als ob die Geistlichen gegen den Vorstoß des Lehrers seien, weise ich darauf hin, daß die Geistlichen schon 1909 und die Landeskirchenversammlung im vor. Jahr die Entbindung vom Vorstoß wünschten. Kirche und Pfarrstand haben sich nicht gegen die Entlohnung gestäubt.

Abg. Löchner (D.D.P.) Die Lehrerschaft wird alles tun, um sich in die neuen Verhältnisse zu schicken.

Abg. Pollack (Z.) stimmt namens seiner Fraktion der vorgeschlagenen Regelung zu, hat aber Bedenken gegen die Bildung eines gemeinsamen Ortschulrats.

Kultminister Dr. Hieber: Den Geistlichen sind wir zu Dank verpflichtet für die Führung der Geschäfte des Ortschulrats; sie bildeten ein vermittelndes Element und haben die Schule und die Kulturinteressen gut vertreten. Solange wir die konfessionelle Schule haben, muß die Mitgliedschaft des Geistlichen kraft des Amtes bestehen. Es ist ein Schritt von erheblicher Verantwortlichkeit, wenn die Lehrerschaft den Vorstoß erhält. Ich habe aber keinen Zweifel, daß die Lehrer sich dieser Verantwortung bewußt sind. Die Lehrer erhalten auch die Anweisung, daß die Vorsitzenden des Ortschulrats sich mit dem Ortsvorsteher über Geschäfts- und Tagesordnung verständigen. Der Entscheidung, die bei Bildung eines gemeinsamen Ortschulrats in Gemeinden mit verschiedenen Schularten den Vorstoß dem Ortsvorsteher überträgt, stimme ich zu.

Es wird sodann Artikel 7-11 nach den Ausschuhentwürfen angenommen. Die Entscheidung findet gegen die Stimmen des Zentrums Annahme.

Berichterstatter Dr. Hartenstein beantragt, Artikel 12 betreffend die Bildung von interkonfessionellen Ortschulbehörden zu streichen. Kultminister Dr. Hieber: Ein Gutachten des Reichsministers Koch sagt, daß die Bildung simultaner Oberschulbehörden bis zur Erlassung des Reichsgesetzes zurückgestellt werden muß. Mit der Streichung des Artikels 12 sei er einverstanden.

Das Haus stimmt ohne Erörterung zu.

Zu Artikel 18 (Aufhebung der Verpflichtung der Lehrer zum Organisten- und Kantorendienst; die Uebernahme dieser Kirchen-dienste bedarf der Genehmigung der staatlichen Behörden) beantragt Abg. Wurm (D.P.), daß die Aufhebung auf 1. Oktober d. J., statt wie vorgesehen auf 1. Juli, in Kraft tritt, und befragt die Entscheidung, daß die Pflege der Kirchenmusik im Lehrplan der Lehrerbildungsanstalten verbleibt.

Abg. Löchner (D.D.P.): Eine Dinauschiebung der Ründigungsfrist bis 1. Oktober ist nicht angängig.

Abg. Lamparter (D.D.P.): Die Lösung des Bandes entspricht den Forderungen der Gegenwart. Die Lehrer möchten auf Grund eines freien Vertrags mitarbeiten und die Frage nicht als Gehaltsfrage betrachten.

Der Antrag Wurm wurde gegen die Stimmen der Bürgerpartei, des Zentrums und des Abg. Lamparter abgelehnt. Die Entscheidung über die kirchenmusikalische Ausbildung wurde einstimmig angenommen, dagegen eine weitere Entscheidung betreffend die Kasualien, die in die Schulzeit fallen, gegen die Stimmen des Zentrums und der Bürgerpartei abgelehnt.

Art. 17 regelt das Disziplinarverfahren und die Lehrerinnenehe nach den Grundgesetzen des Beamtenrechts (Entlassung erst nach dreijähriger Kündigung).

Abg. Weber (Z.): Die Folgerung aus der Reichsverfassung ist nicht zwingend; der bayerische Landtag hat sie abgelehnt.

Minister v. Hieber: Es soll nur eine Ausnahmerebestimmung für Lehrerinnen innerhalb des Lehrrechts aufgehoben werden. Eine positive Regelung wird durch eine Neugestaltung des Beamtengesetzes erfolgen.

Abg. Fein, Bland (D.D.P.): Auch bei den evang. Lehrerinnen bestehen Zweifel, ob es richtig ist, daß verheiratete Leh-

rerinnen im Amt bleiben. Unsere Meinung geht dahin, daß es nur als Ausnahme zugelassen ist angesichts der gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnisse.

Artikel 17, der das Verbot der Lehrerinnenehe aufhebt, wird gegen die Stimmen des Zentrums angenommen.

Artikel 18 (Oberschulbehörde für das gewerbliche Fortbildungswesen ist die Abteilung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens für die Fachschulen) wird einstimmig angenommen.

Art. 19 und 20, die die Aufsicht der kleinen Latein- und Realschulen der Ministerialabteilung übertragen, werden angenommen. Art. 21 sieht vor, daß während der Uebergangszeit das Ministerium befugt sein soll, Lehrer anzustellen oder im Amt zu belassen, die nicht der betreffenden Religionsgemeinschaft angehören, und daß zu Mitgliedern des Ortschulrats auch solche Personen gewählt werden können.

Abg. Baar (Z.): Es kann nicht jemand wahllos ein Recht auf eine Stelle haben, die mit Verpflichtungen verbunden ist. Dieser Artikel ist mit Artikel 174 der Reichsverfassung nicht vereinbar und bedeutet eine tatsächliche Durchbrechung der Konfessionsschule.

Minister v. Hieber: Es wäre eine furchtbare Härte, solche Personen, die sich religiös nicht binden, vom Amt zu entfernen.

Abg. Wurm (D.P.): Wenn der Art. 174 in anderen Fragen maßgebend ist, muß er auch hier zur Wirkung kommen. Entweder haben wir ein Prinzip oder wir haben keines.

Abg. 21 wird hierauf gegen die Stimmen des Zentrums und der Bürgerpartei von den Demokraten und den Sozialdemokraten angenommen.

Die Schlussartikel des Entwurfs finden ohne Aussprache Annahme, ebenso eine Entscheidung, daß die Bezirksschulinspektion den Titel „Schulräte“ erhalten.

Sodann ging man über zur Frage der Beratung des

Neckarkanal.

Berichterstatter Dr. Koch begründete den Antrag des Volkswirtschaftlichen Ausschusses, der sein Einverständnis mit der Herstellung eines Großschiffahrtsweges für das 1200 Tonnen-Schiff auf dem Neckar von Mannheim bis Balingen unter gleichzeitigen Ausbau der Wasserkraften ausspricht.

Abg. Bruchmann (D.D.P.) begrüßte einen von allen Parteien unterzeichneten Antrag, daß der Neckarkanal einen Teil der Wasserstraßen Rhein-Donau bilden und daß ein ständiger Wasserstraßenrat geschaffen werden soll. — Beide Anträge werden nach zustimmenden Bemerkungen des Ministers Heymann einstimmig angenommen.

Der Entwurf des Amtsblattgesetzes wird einem 21gliedrigen Ausschuss überwiesen.

Württemberg.

Stuttgart, 5. Mai. (Die Geschäftslage des Landtags.) Der Württ. Landtag will seine Voll-sitzungen vor dem Himmelfahrtstest abschließen und später nur noch zu einer Tagung zusammentreten. Es liegt aber eine größere Zahl wichtiger Gesetze vor, so daß rasch gearbeitet werden muß. Die Vorbereitung der Neuwahlen erfordert zudem, daß die Abgeordneten baldmöglichst für ihre Wähler verfügbar werden.

Stuttgart, 4. Mai. (Wahlkreise.) Der Ausschuss für das Landtagswahlgesetz stimmte einem Antrag Graf-Linckheil auf Änderung in der Zusammensetzung der Wahlkreise zu. Der 3. Wahlkreis umfaßt demnach nur noch die Bezirke Stuttgart-Am und Leonberg. Der 15. Wahlkreis wird gebildet aus Tübingen, Heidenberg, Böblingen; der 17. Wahlkreis aus Freudenstadt, Sulz, Oberndorf, der 18. aus Balingen, Rottenburg, Horb, der 19. aus Rotweil, Spaichingen, Tuttlingen.

Stuttgart, 4. Mai. (Festgenommen.) Im April wurden verschiedentlich Kinder, die zum Eintreten aus-geschickt waren, auf der Straße von einer Frauenpers-beraubt. Als Diebin wurde nun die 18jährige Ar-beiterin Lina Hausmann von hier verhaftet.

Wir erfahren, daß der Hotelbetrieb des „Victoria-Ho-tels“ in bisheriger Weise fortgeführt werden soll.

Stuttgart, 5. Mai. (Heymann gegen Kör-ner.) Der sozialdemokratische Minister Heymann stellte gegen den Abg. Körner wegen einer Äußerung, die die-fer in einer Versammlung des Landv. Vereins in Bet-zingen machte, Antrag auf Strafverfolgung wegen öf-fentlicher Beleidigung. Körner hatte dort mitgeteilt, daß ihm im Landtag von der Tribüne herab ein Bettel zu-gestellt worden sei des Inhalts: Sagen Sie doch, daß dem Minister Heymann 26 Pfund Kalbsfleisch beschlag-nahmt worden sind!

Stuttgart, 5. Mai. (Todesfall.) Professor Hei-nerath, der seit 1913 als Lehrer für Holzschneide-kunst an der hiesigen Akademie der bildenden Künste wirkte und vor wenigen Tagen um seine Entlassung aus dem Lehrerverband der Akademie nachsuchte, ist gestorben. Er war ein ausgezeichneter Lehrer.

Stuttgart, 5. Mai. (Lohnbewegung.) Mit Wir-kung vom 15. Mai ab sind die Stundenlöhne für Ma-lergehilfen über 20 Jahre auf 5 Mk. festgesetzt wor-den. Für Juni sind neue Lohnserhöhungen in Sicht. Der württ. Malerbund empfiehlt, mit Anträgen nicht zu-rückzuhalten.

Stuttgart, 5. Mai. (Wuchergericht.) Der Meg-ger und Wirt Paul August Maier zum „Reichsadler“ in Stutt-gart-Wangen bezog durch Vermittlung des Meg-gers und Wirts Wilhelm Sanzenbacher in Hebel-lingen von dem Bauer Gottlieb Klein in Königs, Ob-Öf-fingen, zwei Kühe im Gewicht von 20 Zentnern zu dem Preis von 2470 Mk., um sie in einem fremden Stall von den Meggern Anton Baumann und Karl Friedrich Strobel zur Verwendung in seiner Wirtschaft „schwarz“ schlachten zu lassen. Als die Schlachtung eben vollzogen war, kam von dritter Seite vertraulich aufmerksam ge-macht, die Polizei hinzu und beschlagnahmte sowohl das Fleisch wie die zur Schlachtung verwendeten Geräte. Die Wucherhammer verurteilte Maier zu 1 Monat Ge-fängnis und 3000 Mk. Geldstrafe, Klein zu 2 Wochen Gefängnis und 2000 Mk. Geldstrafe, Sanzenbacher zu 2 Wochen Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe, Baumann unter Einbeziehung einer früher gegen ihn erkannten Gefängnis und 1300 Mk. Geldstrafe, Strobel zu 2 Wo-chenstrafe zu einer Gesamtstrafe von 1 Monat 20 Tagen Gefängnis und 500 Mk. Geldstrafe.

Heilbronn, 5. Mai. (Neckarbaumfisch-fahrt.) Die Personalfahrten zwischen Heilbronn und Heilberg werden am 13. Mai wieder aufgenommen.

Göppingen, 5. Mai. (Todesfall.) Geheim-er Sanitätsrat Dr. Gustav Landerer, der Besitzer und

Veiter der hiesigen Heilanstalt, starb im Alter von 75 Jahren.

Göppingen, 5. Mai. (Aus dem Parteileben.) Im Anschluß an die Berliner Austrittsbewegung aus der Deutschen dem. Partei ist auch der frühere Vorsitzende der nationalliberalen Partei Göppingens und des 10. Wahlkreises, Buchdruckereibesitzer J. Kirchner, aus der D. dem. Partei ausgeschieden und bei der Deutschen Volkspartei als Mitglied eingetreten.

Altensteig, 5. Mai. (Großfeuer.) In der Nacht zum Dienstag brach in der Wadenhütischen Möbelfabrik Feuer aus, das sich vom Trockenraum über das ganze Gebäude und die großen Holzvorräte verbreitete. Die Wohnhäuser konnten gerettet werden, dagegen ist die Fabrik und das Lagerhaus niedergebrannt. Der Schaden ist ungeheuer, nicht nur an Gebäuden, Maschinen und Werkzeugen, sondern auch an fertigen Möbeln und Holzvorräten. Brandstiftung wird vermutet.

Wangen i. A., 5. Mai. (Scharlach.) In verschiedenen Gemeinden des Oberamtsbezirks tritt Scharlach in ziemlich starker Weise auf, so daß verschiedene Schulen schließen mußten.

Ev. Landeskirchenversammlung.

Stuttgart, 5. Mai. Die Beratung über die Zusammenfassung des Landeskirchentags wird fortgesetzt. Eingehend erörtert wird insbesondere die vom Ausschuss verneinte Frage, ob von der Tübinger Theologischen Fakultät ein aus ihrer Mitte zu wählendes Mitglied als offizieller Vertreter in den Landeskirchentag entsandt werden solle. Bei der Abstimmung wird diese Frage aber von einer stattlichen Mehrheit bejaht. Dagegen werden die durch Verunsicherung zu befehlenden Zusatzabgeordneten abgelehnt. Der Absatz 2 des § 4 bekommt folgende Fassung: „Der Landeskirchentag setzt sich zusammen aus 60 Abgeordneten, die im Weg der allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahl gewählt werden, und zwar 40 weltlichen und 20 geistlichen, sowie aus einem Abgeordneten der Ev. theol. Fakultät an der Landesuniversität, der von der Fakultät aus ihrer Mitte in geheimer Wahl gewählt wird.“ Das aktive Wahlrecht wird an die Vollendung des 25. Lebensjahres und den Besitz des Wahlrechts zum Kirchenge-meinderat gebunden. Ein Antrag, die Frauen vom passiven Wahlrecht auszuschließen, wird gegen eine kleine Minderheit abgelehnt. Die Wahl der Mitglieder des Landeskirchentags soll für 6 Jahre gelten, der Landeskirchentag nach Bedürfnis, mindestens aber alle 2 Jahre zusammentreten.

Baden.

Karlsruhe, 5. Mai. Der Bad. Bauernbund (Bund der Landwirte Badens) beschloß in seiner Landesauschuss-sitzung, an die bürgerlichen Parteien mit wirtschaftlichen Forderungen heranzutreten. Ferner wurde eine Entschlie-ßung angenommen, in der gesagt wird, die Organisation sei in badischen Angelegenheiten durchaus unabhängig von der Reichsorganisation des Bundes der Landwirte.

Pforzheim, 5. Mai. Im Solbad Wimpfen hat die Stadt Pforzheim zur Unterbringung von erholungs-bedürftigen Kindern das Hotel Ritter für 200 000 Mk. erworben. Es sind bereits 20 Kinder hingebracht worden.

Pforzheim, 5. Mai. Auf dem Pferdemarkt, dem 280 Tiere zugeführt waren, wurden für leichte Pferde 4000—6000 Mk., für mittlere 12 000—15 000 Mk. und für schwere 23 000—25 000 Mk. für das Stück bezahlt. Der Handel war nicht besonders lebhaft.

Mastatt, 5. Mai. Die Polizei verhaftete einen 19- und einen 10jährigen Burschen, die beide aus Wohnungen des Schlosses goldene Taschenuhren und dergl. im Wert von 4000 Mk. gestohlen hatten. Der Vater eines der Burschen wurde wegen Hehlerei festgenommen.

Redarzimmer, 5. Mai. An der Grabgrube der Freiherren von Gemmingen fand man Spuren eines verachteten Einbruchs. Da jedoch das Gewölbe wiederstand, so mußte der Täter unverrichteter Dinge wieder abziehen. Vom Täter fehlt jede Spur.

Freiburg, 5. Mai. Der „Vertrauensmann“ der hiesigen Arbeitslosen, eine schwer vorbestraute Persönlichkeit namens Franz Frischau aus Werbau (Sachsen), richtete neulich in einer öffentlichen Versammlung, die sich mit der Lebensmittelversorgung Freiburgs befaßte, maßlose Angriffe gegen den Stadtrat, gegen das Lebensmittelamt und gegen den Kommunalverband, ferner gegen den städtischen Milchhof und gegen die Bäckermeister. Der Stadtrat hat sich entschlossen, bei der Staatsanwaltschaft öffentliche Beleidigungsklage gegen Frischau zu stellen.

Sinsheim, 5. Mai. Eine sehr stark besuchte Versammlung des Bezirksbauernverbands nahm einstimmig eine Entschlie-ßung an, in der erklärt wird, daß sich die Versammlung einmütig auf den Boden des gewerkschaft-lich organisierten bad. Bauernverbands stellt und den Versuch, die Bauernbewegung einseitig in den Dienst einer Partei zu stellen, ablehnt. Mit der Wahl des Landwirts Herrn. Gehard-Eppingen erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Sigmaringen, 5. Mai. (Fürstliche Heirat.) Wie die „Hohenz. Volksztg.“ zuverlässig hört, soll die Verheiratung des Erbprinzen von Hohenzollern mit der Prinzessin von Sachsen im Juni auf dem dem früheren König von Sachsen gehörigen Schloß Sibyllenort in Schle-sien stattfinden; die Trauung soll Fürstbischof Verttam von Breslau vornehmen.

Altensteig, 5. Mai. (Großfeuer.) In der Nacht zum Dienstag brach in der Wadenhütischen Möbelfabrik Feuer aus, das sich vom Trockenraum über das ganze Gebäude und die großen Holzvorräte ver-breitete. Die Wohnhäuser konnten gerettet werden, da-gegen ist die Fabrik und das Lagerhaus niedergebrannt. Der Schaden ist ungeheuer, nicht nur an Gebäuden, Ma-schinen und Werkzeugen, sondern auch an fertigen Möbeln und Holzvorräten. Brandstiftung wird vermutet.

Vermischtes.

Julius Korbeck f. Auf seinem Gut in Oberensingen bei Nürtingen ist am Montag der bekannte schwäbische Maler Prof. Julius Korbeck im Alter von 80 Jahren gestorben. Korbeck hat eine große Zahl stimmungsvoller Landschaftsbilder und Bilder aus dem Landleben geschaffen; er war der schwäbische Ludw. Richter. — Der verstorbene Künstler wird auf seinen Wunsch in seiner Heimatstadt Winnenden zu seiner letzten Ruhe gebettet.

Prof. Förster entlassen. Dem Professor an der Münchener Universität Dr. Fr. Wilh. Förster wurde die erbetene Ent-lassung aus dem bayerischen Staatsdienst gewährt. Förster, ein bekannter Papyrist, hatte während des Kriegs von der Schweiz aus Schriften gegen Deutschland veröffentlicht, was zu wiederholten scharfen Protesten der Münchener Studentenschaft gegen ihn führte. Nach der Revolution war Förster kurze Zeit Gesandter in Bern, die schweizerische Regierung veranlaßte aber seine Abberufung.

Der Blutritt. Der Jahrhunderte alte Blutritt in Weinga-rten bei Ravensburg wird am Freitag nach Himmelfahrt wie-der gehalten. Seit dem Jahr 1090 wird hier die Reliquie des heiligen Blutes verehrt. Wann aber die einzigartige feierliche Prozession zu Pferd zum erstenmal abgehalten wurde, läßt sich geschichtlich nicht nachweisen. A's älteste Zeugnis ist nur noch die große Glocke Johanna, die auf die Jahrhundertfeier 1490 unter Abt Kaspar Schiegg gegossen wurde, vorhanden. Sie zeigt einen Reiter zu Pferd, der in der Rechten eine go-tische Kapfel (Pegle) hält und einem betenden Mann den Se-gen gibt. Ein Brief im Staatsarchiv in Stuttgart vom 5. Mai 1529 nennt die Prozession zu Pferd einen „Brauch von alt her“.

Brand. Auf den Werkanlagen von Ablass in Bremen ist eine große Maschinenhalle, in der sich die Segelmacherei, die Schmiede u. a. befanden, abgebrannt.

Der Bierstreik in Braunschweig. Eine Gastwirteversamm-lung aus dem ganzen Land Braunschweig beschloß, die vor-handenen Bierooräte so zu verteilen, daß der Bierauschank mit dem 10. Mai im Lande eingestellt werden kann.

Rechtzeitiger Hufbeschlag ist stets erforderlich, sobald die Eisen zu kurz oder zu eng werden. Das ist der Fall durch das ständige Wachsen des Hornschuhes, wobei besonders bei spitz zulaufenden Hufen die Eisen nach vorwärts rücken. Die meist etwas schräg laufenden Seitenwände bewirken, daß mit dem fortschreitenden Wachstum die Hufsohlenfläche sich verbreitert, wodurch infolge zu eng werdender Eisen Hornwände und Steingallen usw. ent- stehen. Bei übermäßigem Wachstum der Hefenwände werden außerdem die Beugefedern zu viel belastet und angestrengt.

Fußballsport. Am 13. Mai findet in Pforzheim das Län-derwettbewerb Süddeutschland—Ungarn statt. — Das Entscheidungsspiel um die Süddeutsche Meisterschaft findet am 9. Mai zwischen dem 1. Nürnberg. Fußballklub und Pfalz-Ludwigs-hafen in Stuttgart statt.

Ein Opfer der teuren Zeit. Die bekannte Verlagsanstalt Benzinger in Emsfelden muß das Erscheinen der Zeit-schrift „Alte und Neue Welt“ (54. Jahrgang) in Deutschland wegen der schlechten Valuta und der großen Papiernot einstellen. Bei 15 000 Abonnenten in Deutschland würde der Verlag im Jahr über 1 Million Mk. verlieren, denn der Selbstkostenpreis für jedes Heft käme auf etwa 8 Mk.

Der gefährlichste Platz. Der französische General Cherin führte einmal die Kolonne der Avantgarde einen beschwerlichen und gefährlichen Weg in den spanischen Gebirgen und ermahnte dabei die Soldaten, alle Beschwerden mit Mut und Stand-haftigkeit zu ertragen. Einer seiner Leute war so heftig, dem General zuzurufen: „Sie haben gut reden, General. Sie sitzen auf einem schönen Pferde, aber wir armen Soldaten müssen zu Fuß gehen.“ Sofort stieg der General vom Pferde und bot mit freundlichen Worten dem Soldaten seinen Platz an. Der Mann weigerte sich zwar, aber er mußte gehorchen. Kaum sah er jedoch im Sattel, so ward aus dem Hinterhalte auf ihn gefeuert. Der erste Schuß streckte ihn tot zu Boden. „Seht ihr,“ sagte Cherin kaltblütig zu den andern, „der höchste Platz ist immer der gefährlichste.“ Er stieg wieder zu Pferde und ritt ruhig weiter. Auch anderswo als beim Militär, ist der höchste Platz der gefährlichste!

Ludendorff über die Regierungsform.

Der amerikanische Journalist Karl v. Wiegand tele-graphierte dem „New-York American“ den Inhalt einer Unterredung, die er kürzlich mit General Ludendorff hatte. Ludendorff sagte nach dem Bericht: Ich habe Berlin verlassen, weil maßlos gegen mich gehetzt worden ist. Aber ich beabsichtige, in einigen Tagen zurückzu-zukehren. Ueber das Rapp-Lüttich-Unternehmen mag ich mich nicht äußern, solange die gerichtliche Untersuchung schwebt. General v. Lüttich, der unsere gebrochene mili-tärische Kraft einsetzte, hat ganz gewiß nicht den Ge-banken an einen möglichen Revanchekrieg gehabt, wie das der frühere Reichskanzler Bauer fälschlich be-hauptet hat. Er hat allein die Gefahr des inneren und äußeren Kommunismus für Deutschland im Auge gehabt. Ich habe diese Neußerung des früheren Reichskanzlers sehr bedauert, denn sie mußte Frankreich mit veranlassen zum Einmarsch nach Frankfurt und Darmstadt und An-las zu der unglücklichen Forderung der Entwaffnung der Einwohnerwehren geben. Einen neuen Militärputsch halte ich für völlig ausgeschlossen, und die unsinnigen Gerüchte darüber sind lediglich Wahlmanöver, durch die immer wieder den Regierungen der Verbandsmächte Vorschub ge-leistet wird, ihre Völker glauben zu machen, daß von Deutschland ein neuer Krieg brohe.

Eine konservative Regierung im alten Sinne des Wortes ist in Deutschland ausgeschlossen. Ich würde gerne eine konstitutionelle, demokratische Regierung sehen, die ihre Hauptaufgabe in der Lösung der Wirtschaftsrigen erblickt. Was Sie jetzt erleben, ist eine klägliche Dile-tanten-Regierung.

Das Räteystem in Rußland kann sich nicht auf die Dauer halten, wenn Deutschland nicht ebenfalls radikalisiert wird, und daher verfolgt die Räteregierung dieses Ziel mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln. Deutsch-land kann nie wieder zum alten Regime zurückkehren, denn das Volk ist darüber hinausge-wachsen und würde es nie wieder anerkennen.

Kurtaxe und Bäderpreise.

Der Artikel des Anonymus in Nr. 96 ds. Bl. darf nicht unwidersprochen bleiben, da er verschiedene Unrich-tigkeiten enthält. Ich gestatte mir hie-zu folgendes zu bemerken. 1. Die lagerbüchlich verbriefte, auf einem Eigentumsrecht der hies. Gemeinde an einem Teil der Quellen sich gründende Badefreiheit der Wild-bader Bürger ist zweifellos beeinträchtigt, ja aufgehoben, wenn die von ihnen zu entrichtende Badegebühr im Katha-rinenstift von 20 auf 60 Pf., also um 200 %, im großen Badgebäude von 30 auf 1 Mk. 50 Pf., also um 400 %

bis in dritten Grad überhöhter Berechnung einfließt.

2. Wenn der Einsender meint, die Frage, ob durch die Erhöhung der Kurtaxe von 5 auf 20 Mk. wöchentlich (also um 300 %) und der Badgebühren die Kurgäste von Wildbad abgeschreckt und Konkurrenzbädern in die Arme getrieben werden, könne glatt mit „Nein“ beantwortet werden, da alle Bäder Deutschlands ihre Preise genau in derselben Weise gesteigert hätten, so täuscht er sich gründlich.

Hundert-von Kurgästen werden durch die abnormen Erhöhungen von unserem Bade ferngehalten werden und in andere Bäder abwandern. Es liegen jetzt schon Beweise hiefür vor durch Neußerungen von schon hier anwesenden Kurgästen und durch schriftliche Mitteilungen alter Gäste Wildbads, die bei den jetzigen Taxen und Preisen nicht mehr hieher kommen können. Wenn ein Kurgast jetzt für Kur-taxe für 1 Woche 20 Mk., also für Kurtaxe allein sowie bezahlten muß, als er früher häufig für sein Zimmer samt Frühstück pro Woche bezahlte, so bleiben sicherlich viele von hier weg. Alle Bescheidenheit der Wildbader Zimmer-vermieter, die noch 1919 ihrem alten Stamm von Gästen die hergebrachten Preise für die Zimmer berechneten, wird da nichts nützen. Außerdem ist der „Luftkurort Wildbad“, den die Stadt in den letzten 20 Jahren mühsam zur Entwicklung brachte, durch die übertriebenen Preis-steigerungen zum Tode verurteilt. Denn Niemand wird es einfallen, Wildbad als Sommerfrische und Luftkurort zu besuchen, wenn er hier 60 Mk. Kurtaxe bezahlen muß, während er in anderen zahlreichen Luftkurorten keine oder nur eine ganz geringfügige Kurtaxe zu bezahlen hat. Die rechtliche Seite der Erhöhung der Kurtaxe, die Ungeheuer-lichkeit, daß sie ohne Mitwirkung der Stadt, ohne An-hörung der Kurinteressenten, der Ärzte u. s. w. erfolgte, übergeht der Artikelschreiber wohlweislich.

3. die Behauptung, daß die Badverwaltung zu der Erhöhung der Kurtaxe und Bäderpreise durch einen Be-schluß des Allg. D. Bäderverbands gezwungen gewesen sei und daß sich Wildbad an die aufgestellten Minimal-sätze gehalten habe, entspricht nicht den Tatsachen. Nach dem mir vorliegenden stenographischen Protokoll der Ver-sammlung des Allg. D. Bäderverbands vom Febr. 1920 erklärte vielmehr der Vorsitzende Geh.-Rat Worsbach, daß die Erhöhung der Kurtaxe und Bäderpreise den Bädern überlassen sei, daß nur Richtlinien und Empfehlungen ge-gaben werden sollen. Nach den Mitteilungen anderer dem Allg. D. Bäderverein angehörigen Bäder liegt tat-sächlich keine Bindung der Bäder in dieser Hinsicht vor. Das Bad Liebenzell (Mitgl. d. A. D. B.-V.) hat z. B. seine Kurtaxe neuestens auf folgende Sätze festgesetzt: für 1 Woche 8 Mk., für 3 Wochen und mehr 16 Mk., für 1 Familie mit unbegrenzter Kopfszahl für 1 Woche 12 Mk., für 3 Wochen und mehr 28 Mk. (eine Familie von 4 Per-sonen hätte also für 3 Wochen und mehr in Wildbad 180 Mk., in Liebenzell 28 Mk. zu bezahlen). Das Bad Herrenalb (Mitgl. des Allg. D. B.-Verb.) hebt künftig für 1 Woche 6 Mk. 50 Pf., für 5 Wochen und mehr 30 Mk., Teinach (Mitgl. des Allg. D. B.-Verb.) hebt für eine Woche 3 Mk., für 4 Wochen 10 Mk., Freudenstadt beab-sichtigt für 1 Woche 10 Mk., für 3 Wochen 30 Mk. zu er-heben. Von anderen kleinen und mittleren Bädern sollen mir noch genaue Ziffern. Die mit weiser Mäßigung er-höhten Kurtaxen der genannten Bäder hätten uns als Beispiel dienen dürfen; denn auch sie stehen mit uns im Wettbewerb. Mit den großen Selbstbädern wie Wies-baden, Baden-Baden, Nauheim, Rissingen bezgl. der Kur-taxe gleichen Schritt halten zu wollen, wäre ein Unter-sagen, das an Größenwahn grenzen würde. Da müßten wir zuerst unsere Bade- und Kureinrichtungen auf die Höhe dieser Bäder bringen und müßten den Gästen auch sonst ebensoviel bieten können, wie diese Bäder. Ich erinnere nur an die mit Millionenaufwänden erstellten neuen Kur-häuser und Badgebäude dieser Bäder, an ihre großen Be-anstaltungen während der Badezeit u. s. w.

1 Gesellschaftsbad im großen Badgebäude 2 M., für ein Einzelbad 3 M., für 1 Dampfbad 4 M., für 1 Gesellschaftsbad im Katharinenstift 1 M., für 1 Ruhebett 1 M. 4. Wenn der Anonymus dann zum Schlusse aus der Rolle fällt und den Versuch macht, die Schädigung unseres Bades, die zweifellos durch die unvernünftige Steigerung der Kurtage und Bäderpreise kommen wird und kommen muß, zum Teil auf die Schulter desjenigen abzuwälzen, der eine öffentliche Erörterung der Frage in der Presse herbeiführt, so könnte ich darauf zu antworten füglich verzichten. Der Versuch richtet sich von selbst. Die öffentliche Erörterung in der Presse, die zum Teil von mir selbst veranlaßt ist, war nützlich und notwendig. Nützlich deshalb, weil unsere alten Kurgäste aus ihr ersehen, daß wir sie nicht ohne Weiteres mißhandeln lassen, daß wir für sie eintreten und weil auch weitere Kreise, insbesondere der württ. Landtag, über das, was hier im Staatsbad Wildbad vorgeht, unterrichtet werden müssen. Nützlich war sie, weil die Gefahr vorlag, daß der Protest des Gemeinderats vom 17. April ds. Js., wie so mancher andere, in den Schreibstuben in Stuttgart begraben wird (heute 14 Tage nach seiner Absendung ist noch keine Antwort erfolgt) und weil endlich einmal Klarheit über die Kurtagefrage und über die Befugnisse der Stadt, über ihre Einflusssphäre bei der Badverwaltung geschaffen werden muß. Allerdings muß es überall einen befremdenden Eindruck machen, wenn sich die Wildbader Bad- und Stadtverwaltung, denen das Wohl und Wehe unseres Bades anvertraut sind, in der Presse über wichtige, die Lebensinteressen unseres Bades berührende Fragen auseinandersetzen, die sonst überall Gegenstand gemeinsamer gründlicher Besprechungen und Verhandlungen zwischen den Beteiligten sind, ehe man sich an ihre Lösung heranwagt. Es wirft ein grelles Licht auf die eigenartigen Verhältnisse der beiden Behörden zueinander. Hoffentlich finden sie aus diesem Anlasse endlich die nötige Klärung, denn der seitherige Zustand ist unhaltbar geworden. Wenn immer wieder versucht wird, die Stadt bei Behandlung derartiger wichtiger Fragen auszuschalten und totzuschweigen, so muß das bei ihrer Verwaltung und bei der Bürgerschaft verstimmend wirken und die Atmosphäre zu einer gespannten machen. Die Stadt weiß sich in dieser Hinsicht frei von Schuld. Ihre

Aufwendungen im Interesse des Bades und Kurortes in den letzten 40 Jahren (Erbauung von 3 Quellwasserleitungen, 2 Elektrizitätswerken, Korrektur der Haupt- und Olgastraße, Neubau der König-Karlstraße, der Bergbahn, der Kanalisation, Anlagen auf dem Sommerberg und in anderen Waldteilen, Schlachthaus mit Kühlanlagen, jetzt der Böhner- und Parkstraße) übersteigen die Aufwendungen des Staats für das Bad weit und die wichtigsten Staatsbauten in dieser Zeitperiode (König-Karlsbad, Schwimmbad, Kurhaus, jetzt das Kurmittelhaus) sind ihrer Initiative, ihren beharrlichen, immer wieder eingehenden Forderungen bei den Staatsbehörden, den Abgeordneten und in der Presse hauptsächlich zu verdanken.

Ich neige unter den früheren Verhältnissen der Ansicht zu, daß der Dualismus der Verwaltung unseres Bades neben dem Bedenklichen auch sein Gutes habe, insofern durch ihn der Wettstreit der beiden Verwaltungen in der Schaffung von Neubauten und Verbesserungen angeregt und wachgehalten werde. Heute nach den Erfahrungen der letzten Jahre, seit dem Tode des Präsidenten Schwarz, bin ich von dieser Ansicht gründlich kuriert. Unser Wildbad und seine Entwicklung darf künftig nicht mehr davon abhängen, ob die Beamten, die in Stuttgart seine Geschicke zufällig in der Hand haben, die Wichtigkeit der Bäder und des Fremdenverkehrs für unser Land einsehen und infolgedessen unser Bad fördern oder ob sie die Verwaltung unseres Bades als eine lästige, unangenehme Zugabe ihres Ressorts betrachten und den Dingen ihren Lauf lassen, wie sie eben gehen. Von jetzt ab und solange ich noch für Wildbad tätig sein darf werde ich dafür eintreten, daß der Stadt, den Ärzten und Kurinteressenten bei der Badverwaltung durch Schaffung eines aus ihnen bestehenden Beirats der nötige Einfluß gesichert wird, oder daß das Bad in den Besitz der Stadt oder in einen kaufmännisch geleiteten, gemischtwirtschaftlichen Betrieb, an dem die Stadt und die Kurinteressenten finanziell beteiligt sind, übergeleitet wird. Wildbad den Wildbadern, damit sie sich ihr Schicksal künftig selbst gestalten können!

Wildbad, am 3. Mai 1920.

Stadtschultheiß Baegner.

Eier-Abgabe.

Auf Lebensmittelmarkt 25 werden Eier abgegeben.
Listenschluß: Samstag abend 6 Uhr.
Städt. Lebensmittelamt.

Reichs- u. Landtagswahl.

Die Wählerlisten zur Reichs- und Landtagswahl liegen in der Zeit vom Sonntag den 9. Mai bis Sonntag den 16. Mai 1920 je einschließlich auf dem Rathaus zu jedermanns Einsicht auf. Wer die Wählerliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann hiewegen bis zum Ablauf der Auslegungsfrist beim Gemeinderat schriftlich oder mündlich Einspruch erheben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen. Wenn der Einspruch nicht sofort für begründet erachtet und durch entsprechende Aenderung der Wählerliste erledigt wird, entscheidet über ihn der Gemeinderat endgültig. Die Entscheidung muß binnen 14 Tagen nach Ablauf der Auslegungsfrist erfolgen und den Beteiligten bekannt gegeben sein. Während der Auslegungsfrist können vom Gemeinderat oder dem von ihm beauftragten Beamten auch von Amtswegen weitere Personen in die Liste aufgenommen oder gestrichen werden. Den Betroffenen ist alsbald Eröffnung zu machen. Nach Ablauf der Auslegungsfrist können Wähler nur in Erledigung rechtzeitig angebrachter Einsprüche in die Wählerliste aufgenommen werden. Wer nicht in die Wählerliste aufgenommen ist, darf am Wahltag unter keinen Umständen zur Wahl zugelassen werden, es sei denn, daß er mit einem Wahlschein versehen ist.

Die Wähler werden über ihre Aufnahme in die Wählerliste durch Postkarten benachrichtigt. Wer keine Postkarte erhält, steht nicht in der Wählerliste und hat sich rechtzeitig zu melden.

Wildbad, den 6. Mai 1920.

Gemeinderat: Vorf.: Baegner.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme die uns während der Krankheit und beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen

Karl Eitel,

Gemeinderat,

erwiesen würden, sagen wir unsern herzlichsten Dank. Besonders danken wir dem Herrn Geistlichen für die trostreichen Worte am Grabe, dem Gesangsverein für den erhebenden Gesang, den Vertretern der Stadtgemeinde für den ehrenvollen Nachruf, sowie dem Militärverein, der deutsch-demokr. Partei und dem Kirchen-Gemeinderat, den Trägern für ihren ehrenvollen Dienst, ferner für die vielen Krankenbesuche, Blumenspenden und die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte.

Wildbad, den 6. Mai 1920

Die trauernden Hinterbliebenen.

TURN-VEREIN WILDBAD.

Anlässlich des am Sonntag, den 9. Mai stattfindenden

Gau-Wandertags

mit Endziel in hiesiger Stadt, findet abends 8 Uhr im Lindensaal ein gemütliches Zusammenseln statt, wozu die Ehren-, passiven und aktiven Mitglieder freundlichst eingeladen werden.
Der Ausschuss.

Tagesordnung:

12 Uhr Zusammenkunft der Mitglieder bei der Trinkhalle zur Begrüßung der Gäste. Hierauf Abmarsch in die Turnhalle.
Anschließend daselbst Turnen.

Eine noch guterhaltene Nähmaschine

hat preisw. zu verkaufen.
Wer? sagt die Exped. ds. Bl.

Württemberg. Bürgerpartei Frauenabend

(Bergfrieden)
Sonntag, den 9. Mai, abends 8 Uhr.

Besseres, junges Mädchen

sucht Stelle als Saaltochter oder für Buffet.
Zu erfragen in der Exped. ds. Bl.

3,20 m schwarzen Stoff, Marengo

hat im Auftrag preiswert zu verkaufen.

Georg Fritz,
Schneidermstr.

Kellnerlehrling für ein auswärtiges Hotel sowie ein

Mädchen

zum Servieren wird gesucht.
Ankunft erteilt
A. Blumenthal.

Eine goldene Damen-Uhr mit Ketten,

von Hotel Concordia bis Weinstraße Blumenthal Mittwoch abend verloren. Hohe Belohnung. Abzugeben Schäfer, Hotel Concordia, Wildbad.

Orangen, Aepfel, Rettiche, Spargeln

Rhabarber, Gelbrüben, Spinat Kopfsalat

80 Pfg.,

Aepfelschnitze, gute Birnenschnitze

zum Brotbacken geeignet von

Mk. 3.80 an empfiehlt

Fran Bender.

Ein Baumstück zu kaufen gesucht.

v. Rautenkrantz, Olgastraße 15.

Kunsteis!

Den Herren Hotel- und Wirtschaftsbesitzern teile ich höflichst mit, dass meine Lastwagen während der Saison regelmäßig wöchentlich 2 bis 3 Mal nach Wildbad fahren. — Geil. Bestellungen auf Kunsteis, sowie Münchner-, Pilsner-, Tucher-, Fürstenberg- und Karlsruher Biere werden prompt erledigt. Ich ersuche höflichst, mir zugeordnete Aufträge jeweils rechtzeitig aufzugeben und empfehle mich hochachtungsvoll :- :-

Biergrosshandlung und Eisfabrik

G. Treibmann, Inh.: G. Hüttinger, Pforzheim
Telefon 3070.

Torf!

Rohtorf, trocken p. Ztr. Mk. 6.50
Brenntorf, " " " " 9.00
Preßtorf, beste Qual. " " " " 15.00

in tiefschwarzer, schwerer und trockener Ware, einzigstes, markenfreies und billigstes Brennmaterial für Hausbrand, Zentralheizung und Kesselheizung in Wagenladungen von 400 Ztr. oder Kahnladungen von 3000 Ztr., ab pommerischer oder märkischer Station, Lieferung sofort, bietet an
Karl Schneider, Bremen, Keplerstr. 7.

Bauarbeiter-Verband Wildbad.

Samstag abend 8 Uhr

Versammlung

im „grünen Hof“. — Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.
Der Vorstand.

Ginige sehr preiswerte

Pianinos

verkauft

Friedr. Bacher, Pianofabrik,
Schorndorf.